

JVH Journalistenreise 2018 nach Strassburg

Anlage 1: Die Themenagenda mit Bezug zum Handwerk von Dr Markus Pieper/ EVP:

Verhältnismäßigkeitsprüfung: Meisterbrief „gerettet“

- Im Januar 2016 schlug KOM sog. Verhältnismäßigkeitsprüfung aufgrund osteuropäischem Protektionismus vor.
- Schaffung einer EU-weiten, vergleichbaren ex-ante Bewertungsmethode vor der Einführung neuer Berufsausübungsvoraussetzungen, ob neue Anforderungen verhältnismäßig sind.
- Meisterbrief und Kammern = ebenfalls Berufsregulierung. Mit Prüfung in der vorgeschlagenen Form wäre Einführung der Meisterpflicht schwer geworden.
- Ergebnis: Prüfung abgeschwächt, Meisterbrief gerettet.

Dienstleistungskarte: Ziellandprinzip etabliert: Wer in Deutschland arbeitet, muss deutsche Anforderungen erfüllen

- Im Januar 2016 schlug KOM sog. elektronische Dienstleistungskarte vor.
- Für die Erteilung der Karte war letztendlich Ziellandbehörde zuständig.
- Problem: Ziellandbehörde bekäme nur nach Begründung Originaldokumente / zusätzliche Einsicht. Widerruf der Karte war schwierig.
- Ergebnis im EP: Karte faktisch abgelehnt.

Transport gewisser Abfälle für das Handwerk einfacher gemacht

- Ergebnis: Ausnahme für die Registrierung zum Transport von gefährlichen Abfällen wurde etabliert. Öllappen sind auch gefährliche Abfälle.
- Sachstand: Abfallrahmenrichtlinie angenommen.

Lenk- und Ruhezeiten: Befreiung von verpflichtendem Fahrtenschreiber für Handwerkerfahrzeuge aus der Region (100km Umkreis)

- in alter Legislatur von 50 auf 100 km.
- in aktueller Legislatur: Kampf für eine grundsätzliche Ausnahme
- Warum kam Debatte wieder hoch? Ost-Europäische Logistikunternehmen umgehen Lenk- und Ruhezeiten durch nicht regulierte Kleintransport

CRR/CRD (Eigenkapital von Banken): Mittelstandsfinanzierung angekurbelt

EP-Position:

- KMU-Unterstützungsfaktor ausgebaut & erstmalige Einführung eines Sonderregimes für kl. Banken ? höhere Vergabe von Mittelstandskrediten
- CRR/CRD aktuell im Trilog

SMIT/Binnenmarktsinformationsinstrument: KOM wollte sich neue Auskunftsmöglichkeiten bei Unternehmen schaffen.

- Vorschlag hätte KOM in Lage versetzt, direkt Auskunftersuchen an Unternehmen zu richten.
- o hätte Preispolitik, Geschäftsgeheimnisse betroffen.
- Bei fehlerhafter Antwort/ Fristverstreichung könnte es Geldstrafen geben.
- Ergebnis: Plenum wird Okt II falsche Rechtsgrundlage feststellen.